

WEIZENBAUM REPORT 2025

Politische Partizipation in Deutschland

W Weizenbaum Report 2025

Politische Partizipation in Deutschland

Christian Strippel, M.A. \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Malte Künzel, M.Sc. \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Prof. Dr. Martin Emmer \ Weizenbaum-Institut, Berlin \ Freie Universität Berlin

Katharina Heger, M.A. \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Mitarbeit

Katrin Rothermel, B.A. \ **Lea Maier, B.A.** \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Kontakt

Prof. Dr. Martin Emmer
martin.emmer@fu-berlin.de

Herausgeber

Der Vorstand des
Weizenbaum-Institut e.V.
Prof. Dr. Christoph Neuberger
Prof. Dr. Sascha Friesike
Prof. Dr. Martin Krzywdzinski
Dr. Ricarda Opitz

Hardenbergstraße 32
10623 Berlin
Tel.: +49 30 700141-001

E-Mail: info@weizenbaum-institut.de
Web: www.weizenbaum-institut.de

Der Weizenbaum Report 2025 „Politische Partizipation in Deutschland“ wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen 16DII131 – Deutsches Internet-Institut). Die Datenerhebung fand in Kooperation mit der Freien Universität Berlin statt.

Erscheinungsort \ -Zeitpunkt

Berlin, April 2025

DOI 10.34669/wi.wr/6

ISSN 2748-9302

Lizenz

Diese Veröffentlichung ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0) lizenziert: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Weiterführende Informationen zur Arbeit des Weizenbaum-Instituts und der Forschungseinheit „Weizenbaum Panel“ finden sich im Internet [hier](#).

Gestaltung

Karen Fischäder und Andreas Langner

Bildnachweise

Titelbild: iStock by Getty Images (Andrey Popov), 123RF (Daniel Tadevosyan)

II Die Untersuchung politischer Partizipation in Deutschland 2024

In politischer Hinsicht war 2024 ein ereignisreiches Jahr: Die Kriege in der Ukraine und in Gaza hielten die deutsche Politik und Öffentlichkeit das ganze Jahr über in Atem und gegen Jahresende zerbrach die regierende Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen nach monatelangen Konflikten. Zugleich war es ein Jahr, das viele Menschen auf die Straße trieb, von den „Bauernprotesten“ und den Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus im Januar und Februar über zahlreiche Streiks bei der Bahn, an Flughäfen und im öffentlichen Nahverkehr bis hin zu den Gedenkveranstaltungen am Jahrestag des Angriffs gegen Israel am 7. Oktober 2023.

Zudem war 2024 ein Superwahljahr: In Teilen Berlins wurde die Bundestagswahl von 2021 wiederholt und es fanden eine Europawahl, drei Landtagswahlen und zahlreiche Wahlen auf kommunaler Ebene statt. Für die politische Beteiligung im digitalen Raum war hingegen die Debatte um das soziale Netzwerk X, ehemals Twitter, ein wichtiges Thema. Nachdem der Unternehmer Elon Musk die Plattform 2022 übernommen hatte, veränderte sich diese so stark, dass sie für viele Nutzer:innen kein geeigneter Ort mehr für ihre politische Information und Meinungsbildung war und eine breite Debatte über die politische Rolle sozialer Medien entstand.

Wie sich die deutschen Bürger:innen in diesem Jahr politisch engagiert und eingebracht haben und auf welche der vielfältigen Möglichkeiten sie dabei zurückgreifen, ist eine zentrale Fragestellung des Weizenbaum Panels. Im Fokus der nunmehr sechsten Erhebung in dieser Reihe seit 2019 standen die politische Mediennutzung (S. 6–7) der Bürger:innen, ihre Einstellungen gegenüber der Demokratie (S. 7–9) und ihr politisches und soziales Engagement, insbesondere ihre Zivilcourage im digitalen Raum (S. 9–15). Vor dem Hintergrund der anhaltenden Digitalisierungsprozesse und aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen dokumentiert dieser Report in diesem Jahr zudem die Bewertung digitaler Technologien (S. 15–16) und Fragen der finanziellen Teilhabe in Deutschland, etwa durch die Nutzung verschiedener Bezahldienste (S. 17–19).

Der jährlich erscheinende Weizenbaum Report präsentiert anschaulich ausgewählte Ergebnisse der bevölkerungsrepräsentativen Telefonbefragung. Weiterführende Informationen zum Weizenbaum Panel, zu den methodischen Details der Erhebungen sowie alle früheren Berichte und weiterführende Publikationen gibt es im Internet unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de/>.

W Zentrale Befunde

1 **Politische Internetnutzung stagniert, gewinnt aber trotzdem an Gewicht**

- \ Die politische Nutzung traditioneller Medien wie Zeitung oder Radio ist rückläufig, wodurch das Internet an Gewicht gewinnt. Zuwächse in der Internetnutzung gibt es aber nicht mehr.
- \ Die Vielfalt der von den Menschen genutzten Medienrepertoires nimmt etwas ab, weil traditionelle Medien weniger wichtig werden. Dafür nimmt die Vielfalt der Internetnutzung zu, etwa durch soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram.

2 **Negativtrend beim Vertrauen in die Demokratie vorerst durchbrochen**

- \ Demokratiezufriedenheit und Regierungsvertrauen der Deutschen sind 2024 wieder gestiegen, nachdem sie zuvor stark rückläufig waren.
- \ Eine große Mehrheit der Deutschen (79 %) hält Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen für verbreitet. Zwei Drittel sehen darin eine Bedrohung für die Demokratie in Deutschland.

3 **Neues Hoch bei Demonstrationen, insgesamt aber rückläufige Partizipation**

- \ 2024 war ein Protestjahr: Fast jeder:r Fünfte (19 %) war zumindest einmal demonstrieren. Viele andere Formen der Beteiligung sind rückläufig, vernetzte Aktivitäten bleiben jedoch stabil.
- \ Der Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahren, etwa bei Geldspenden oder dem Boykott von Produkten, ist maßgeblich auf sozial und finanziell Bessergestellte zurückzuführen.

4 **Einsatz gegen Hasskommentare und Falschnachrichten stabil**

- \ Etwa 40 Prozent aller Deutschen haben 2024 Hasskommentare gesehen. Ein Drittel dieser Personen setzte sich mittels Melden oder Auffordern zu respektvollem Verhalten gegen Hass ein.
- \ Der Einsatz gegen Falschnachrichten ist insgesamt etwas verbreiteter als der gegen Hasskommentare. Mehr als ein Viertel (27 %) der Bevölkerung gibt an, in 2024 „Fake News“ geprüft zu haben, ein Fünftel (20 %) hat andere davor gewarnt.

5 **Künstliche Intelligenz wieder positiver bewertet**

- \ In 2024 wurde die Einstellung gegenüber KI in fast allen untersuchten Bevölkerungsgruppen positiver. Von 2022 zu 2023 war der Trend noch negativ.
- \ Etwa 43 Prozent blicken positiv auf soziale Medien, damit hat sich die Bewertung im Vergleich zu 2023 kaum verändert. Jüngere bewerten soziale Medien jedoch deutlich positiver als im Vorjahr (50 zu 56 %).

6 **Finanzielle Teilhabe: Ungleichheiten bei Nutzung digitaler Bezahldienste**

- \ In der Nutzung sowohl klassischer Bezahldienste wie Kreditkarten und Online-Banking als auch neuerer Angebote wie PayPal gibt es große einkommensbezogene Unterschiede.
- \ Ein Drittel der Deutschen nutzt bereits Angebote wie Klarna, um Einkäufe später zu bezahlen. Auch Jüngere und Menschen mit geringem Einkommen nutzen diese Angebote häufig, wodurch für sie ein besonderes Überschuldungsrisiko besteht.

Über diese Studie

Seit 2019 führt das Weizenbaum-Institut in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin jährlich zwischen Oktober und Dezember eine wissenschaftliche Telefonbefragung der Bevölkerung in Deutschland zu den Themen Internetnutzung, demokratische Einstellungen und politische Partizipation durch. Die Untersuchung ist als Panelbefragung angelegt, das heißt, es werden in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt. Auf diese Weise lassen sich die politischen Einstellungen und Aktivitäten der Menschen in Deutschland besonders gut im Zeitverlauf beobachten und beschreiben.

Im Herbst 2024 fand diese Befragung zum sechsten Mal statt. Insgesamt wurden 2.658 Personen¹ telefonisch befragt, von denen etwa 42 Prozent bereits im Vorjahr 2023 teilgenommen hatten. Die neu rekrutierten Befragten wurden nach einem Zufallsverfahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren ausgewählt.² In durchschnittlich rund 30-minütigen Telefoninterviews wurden die Teilnehmer:innen danach gefragt, wie sie sich über politische Themen informieren, wie sie zur Demokratie stehen und wie sie sich politisch engagieren.

Zudem lag in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf Fragen der finanziellen Teilhabe in Deutschland, darunter etwa die Nutzung traditioneller und digitaler Bezahlssysteme und Kreditangebote. Bei diesen Fragen wurde mit Alexandra Keiner von der Forschungsgruppe „Normsetzung und Entscheidungsverfahren“ des Weizenbaum-Instituts sowie mit Prof. Dr. Barbara Brandl von der Goethe-Universität Frankfurt und Prof. Dr. Jenny Preunkert von der Universität Kassel zusammengearbeitet. Darüber hinaus gab es in diesem Jahr eine Kooperation zu Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen mit Anna Hahnemann, Dr. Anne-Kathrin Kreft und Dr. Farina Rühls vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. in Hannover.

Durchgeführt wurde die Befragung wie in den Jahren zuvor hauptsächlich im Telefonstudio der Freien Universität Berlin. Da die Datenbasis des Weizenbaum Panels nach wie vor ausgebaut wird, wurde zudem das Institut für Umfragen, Analysen und Data-Science (UADS) in Duisburg mit der Durchführung von über 1.000 Interviews beauftragt.

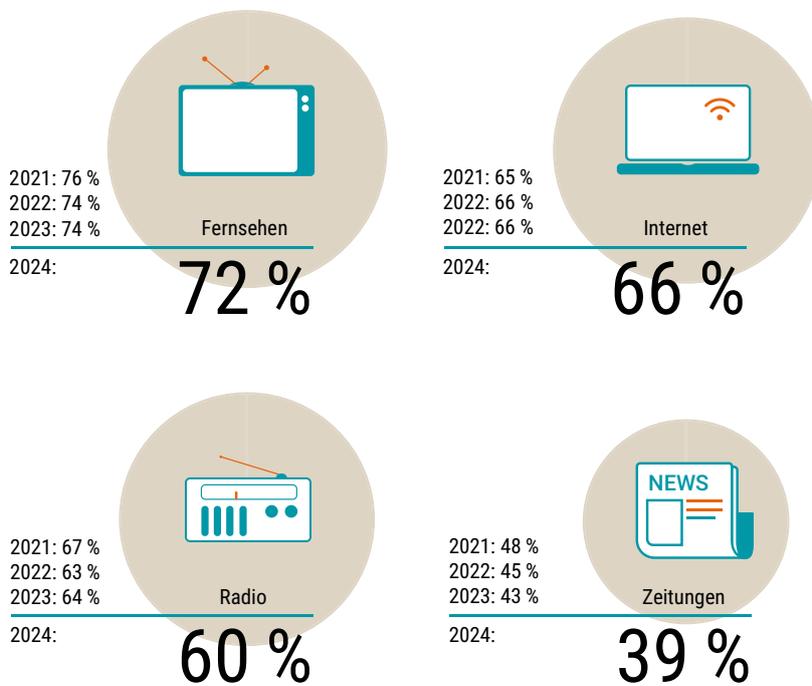
Der nachfolgende Bericht liefert einen kurzen Überblick über die zentralen Befunde der Befragung des Jahres 2024 sowie über Veränderungen gegenüber den Vorjahren 2019 bis 2023. Weiterführende Informationen und eine ausführliche Erläuterung der Methodik finden sich hier: <https://panel.weizenbaum-institut.de/ressourcen/>.

¹ Alle hier und im Folgenden berichteten und dargestellten Verteilungen sind nach dem höchsten Bildungsabschluss der Befragten gewichtet, um Verzerrungen im Zufallsstichprobenverfahren auszugleichen und für die deutsche Bevölkerung repräsentative Aussagen treffen zu können. Geringe Abweichungen zu den in den Vorjahren berichteten Zahlen können sich durch angepasste Gewichtungsfaktoren ergeben.

² Bei Stichprobenerhebungen sind Schlussfolgerungen auf die Gesamtbevölkerung mit einer gewissen Unschärfe belastet, die auf Zufallseffekte bei der Stichprobenziehung zurückgehen. Dieser Unschärfbereich beträgt für die vorliegende Stichprobengröße im Durchschnitt ca. +/- 3 Prozentpunkte. Lesebeispiel: Bei einem in der Stichprobe ermittelten Wert von 85 Prozent liegt der tatsächliche Wert in der Gesamtbevölkerung (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %) zwischen 82 und 88 Prozent.

\\ Internet wird für politische Informationsnutzung wichtiger

Das Internet ist mittlerweile eine etablierte Informationsquelle für Nachrichten und politische Inhalte: Zwei Drittel der Deutschen informieren sich dort regelmäßig, also täglich oder mehrmals in der Woche. Zwar gibt es beim Internet seit Jahren keine Nutzungszuwächse mehr, allerdings geht die Nutzung traditioneller Medien zurück. Am stärksten ist dieser Rückgang bei der Zeitungsnutzung, aber auch der Anteil der Menschen, die sich über Fernsehen und Radio informieren, ist über die letzten Jahre leicht rückläufig.



\\ Regelmäßige Mediennutzung zur politischen Information im Zeitverlauf

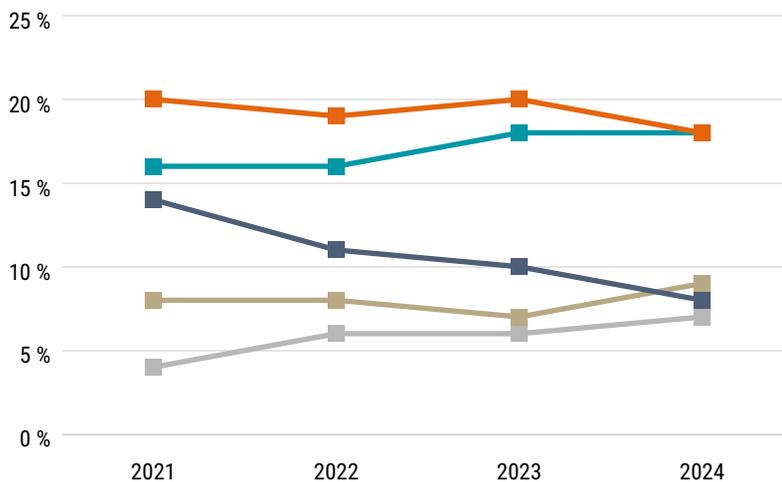
Basis: Verwendete Medien zur politischen Information innerhalb der letzten 12 Monate, „täglich“ und „mehrmals in der Woche“ zusammengefasst, Skala: „täglich“, „mehrmals in der Woche“, „mehrmals im Monat“, „seltener“, „nie“; gerundete Prozentangaben, n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

Betrachtet man nicht nur die Nutzung der einzelnen Medien, sondern die gesamten Medienrepertoires, die Menschen nutzen, zeigt sich, dass die Vielfalt der genutzten Medien leicht zurückgeht: Während 2021 die Menschen in Deutschland im Durchschnitt 2,5 der vier abgefragten Medienformen – Zeitung, Fernsehen, Radio und Internet – zur Information genutzt haben, waren es 2024 nur noch 2,3. Aufgewogen wird dieser Rückgang zum Teil dadurch, dass sich die Internetnutzung stärker ausdifferenziert. So werden soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram in 2024 von etwa fünf Prozent mehr Menschen genutzt als noch 2023 (37 auf 43 %).

Diese Medienrepertoires, aus denen die Menschen ihre Informationen beziehen, sind dabei trotzdem recht unterschiedlich.

18 Prozent der Menschen informierten sich im Jahr 2024 regelmäßig aus allen verfügbaren Medienformen, ebenso viele nutzten regelmäßig die elektronischen Medien Fernsehen, Radio und Internet (ohne Zeitungen) zur Information. Aber auch die Informationsvermeider, die sich nicht oder nur sporadisch informieren, sind mit sieben Prozent eine relevante Gruppe, die in den letzten Jahren etwas gewachsen ist (2021: 4 %). Neun Prozent informierten sich regelmäßig ausschließlich über das Internet.

Der schleichende Bedeutungsverlust traditioneller Medien zeigt sich aus dieser ganzheitlichen Perspektive etwas deutlicher: Die Gruppe derer, die sich überwiegend aus traditionellen Medien informieren, wird kontinuierlich kleiner.



Repertoires regelmäßig genutzter Medien zur politischen Information im Zeitverlauf

Basis: Verwendete Medien zur politischen Information innerhalb der letzten 12 Monate, „täglich“ und „mehrmals in der Woche“ zusammengefasst, Skala: „täglich“, „mehrmals in der Woche“, „mehrmals im Monat“, „seltener“, „nie“; gerundete Prozentangaben, n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Alle Medien
- Nur elektronische Medien (ohne Zeitung)
- Nur traditionelle Medien (ohne Internet)
- Nur Internet
- Keine

⚡ Negativtrend beim Vertrauen in die Demokratie vorerst durchbrochen

In den letzten Jahren häuften sich die Anzeichen dafür, dass das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie in einer Krise steckt. Die „Mitte-Studie“ vermeldete 2023, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt und sich Teile der Bevölkerung so stark radikalisiert haben, dass sie meinen, Politiker:innen hätten es verdient, wenn „die Wut gegen sie“ in Gewalt umschlage.³ Die jüngste „Leipziger Autoritarismus-Studie“ zeigte zudem, dass die Zufriedenheit der Deutschen mit der Demokratie abgenommen habe.⁴

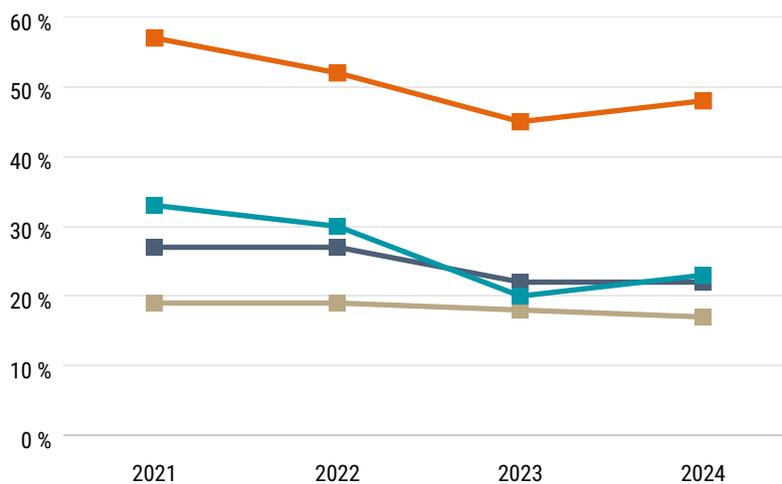
Das Weizenbaum Panel liefert aktuelle Befunde zu diesen Entwicklungen. Während sich hier ebenfalls ein Rückgang der Demo-

³ Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

⁴ Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (2024). *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Psychosozial-Verlag. <https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie>

kratiezufriedenheit und des Regierungsvertrauens zwischen 2021 und 2023 findet, zeigt sich für 2024 allerdings, dass dieser Negativtrend zumindest zwischenzeitlich unterbrochen zu sein scheint. 48 Prozent gaben in diesem Jahr an, die Demokratie funktioniere sehr gut oder eher gut, während 23 Prozent der Aussage zustimmten, man könne „meistens darauf vertrauen, dass die Regierung das Richtige tut“.

Bei der Responsivität des politischen Systems, also ob die Menschen das Gefühl haben, dass Politiker:innen Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen, sieht es hingegen ambivalent aus. Die Zustimmung zu den Aussagen, dass sich Politiker:innen um einen engen Kontakt zu den Bürgern:innen bemühen und sich darum kümmern, was die Bevölkerung denkt, hat zwischen 2021 und 2023 zwar keinen starken Einbruch erfahren, allerdings liegt diese Zustimmung jeweils auf einem niedrigen Niveau.



Politische Einstellungen im Zeitverlauf

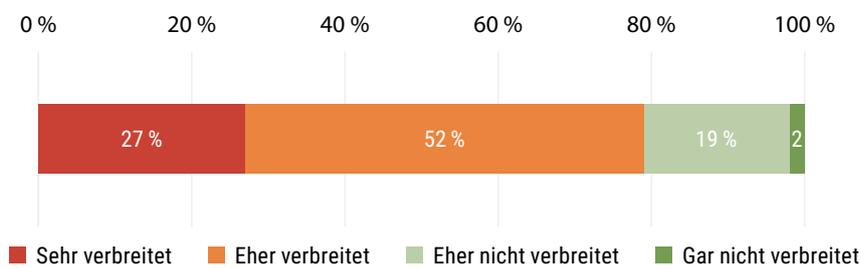
Basis: Demokratiezufriedenheit: „Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland Ihrer Meinung nach?“, Skala: „sehr gut“, „eher gut“, „teils/teils“, „weniger gut“, „gar nicht gut“. Andere Einstellungen: Zustimmung zu entsprechenden Aussagen, Skala: „stimme voll zu“, „stimme eher zu“, „weder noch“, „stimme eher nicht zu“, „stimme gar nicht zu“; gerundete Prozentangaben, n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Demokratiezufriedenheit
- Regierungsvertrauen
- Politiker:innen kümmern sich, was Leute denken
- Politiker:innen bemühen sich um Kontakt

Sorge um Demokratie durch Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen

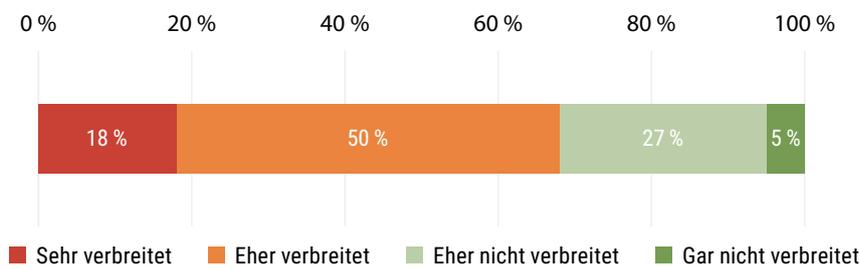
Erstmals wurde in diesem Jahr abgefragt, wie die Deutschen die Verbreitung von Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen einschätzen und für wie bedroht sie die Demokratie in Deutschland deshalb halten. Die Ergebnisse dieser Abfrage zeigen, dass die Menschen sehr besorgt sind: 79 Prozent, also vier von fünf Personen, halten Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen in Deutschland für eher bis sehr verbreitet. Bei Bürger:innen ab 65 Jahren sind es sogar 86 Prozent.

Über zwei Drittel der Bürger:innen (68 %) sehen dadurch die Demokratie ernsthaft bedroht. Am stärksten wird die Bedrohung von marginalisierten Gruppen wahrgenommen, wie etwa Menschen mit geringem Einkommen (70 %), Frauen (72 %), älteren Menschen ab 65 Jahren (74 %) und Menschen mit geringer formaler Bildung (75 %). Während sich diese Gruppen bei der Wahrnehmung der Verbreitung von Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen kaum von anderen unterscheiden, schätzen sie die Bedrohung der Demokratie besonders hoch ein.



Wahrgenommene Verbreitung von Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen

Basis: „Wie verbreitet sind Ihrer Meinung nach Drohungen und Gewalt gegen Politiker und Politikerinnen in Deutschland zurzeit?“, Skala: „sehr verbreitet“, „eher verbreitet“, „eher nicht verbreitet“, „gar nicht verbreitet“; gerundete Prozentangaben, n=2.658



Wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen

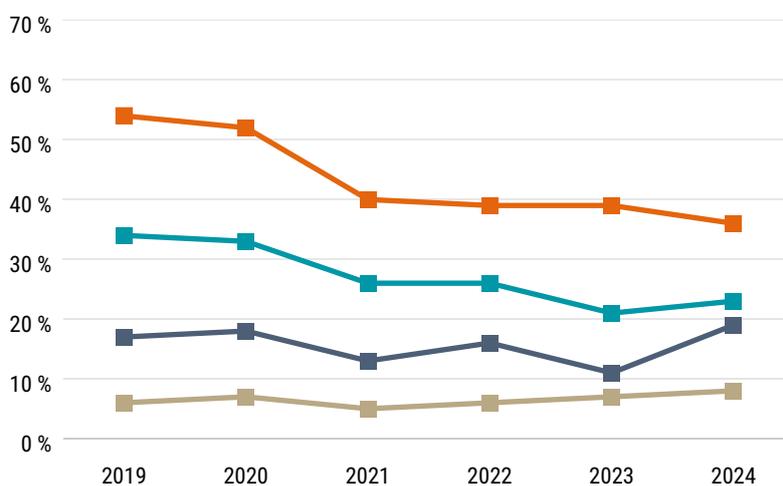
Basis: „Wie bedroht ist die Demokratie in Deutschland Ihrer Einschätzung nach durch solche Drohungen und Gewalt gegen Politiker und Politikerinnen?“, Skala: „sehr bedroht“, „eher bedroht“, „eher nicht bedroht“, „gar nicht bedroht“; gerundete Prozentangaben, n=2.658

Wandel politischer Partizipation in Deutschland von 2019 bis 2024

Das Jahr 2024 stand ganz im Zeichen des Protests: Nach den Enthüllungen des Rechercheportals Correctiv über ein Treffen von AfD-Politiker:innen und Neonazis, auf dem über Deportationen von Menschen aus Deutschland gesprochen wurde, kam es im Januar in zahlreichen deutschen Städten zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, mit Teilnahmezahlen in Rekordhöhe. Kurz zuvor protestierten bereits Landwirte mit Straßenblockaden gegen die Streichung von Subventionen. Und immer wieder kam es zu Demonstrationen und Protest-Camps im Kontext der Kriege in Gaza und der Ukraine.

Im Weizenbaum Panel spiegelt sich dieses Protestverhalten in einem deutlich gestiegenen Anteil von Bürger:innen wider, die angaben, 2024 zumindest einmal demonstriert zu haben. Lag dieser Anteil 2023 noch bei elf Prozent, stieg er in diesem Jahr auf 19 Prozent an. Diese neue Protestbereitschaft ist allerdings eine Ausnahme im politischen Partizipationsverhalten der Deutschen. Denn in der Gesamtbetrachtung über alle Formen der politischen Beteiligung hinweg setzt sich der rückläufige Trend der letzten Jahre auch in 2024 fort.

Dementsprechend gab es bei traditionellen Partizipationsformen, mit Ausnahme des Demonstrierens, keine signifikanten Veränderungen zum Vorjahr. Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, bleibt es damit bei einer abnehmenden Tendenz. Insbesondere direkt an Politiker:innen gerichtete Formen der Partizipation wie das Kontaktieren von Politiker:innen und das Unterschreiben von Petitionen sind langfristig rückläufig. Haben 2019 noch über die Hälfte der Deutschen (54 %) eine Petition unterschrieben, sind es 2024 nur noch 36 Prozent. Das Kontaktieren von Politiker:innen fiel im selben Zeitraum von 34 auf 23 Prozent. Nur die Mitgliedschaft in einer Partei ist mit acht Prozent auf niedrigem Niveau stabil.



Traditionelle politische Partizipation im Zeitverlauf

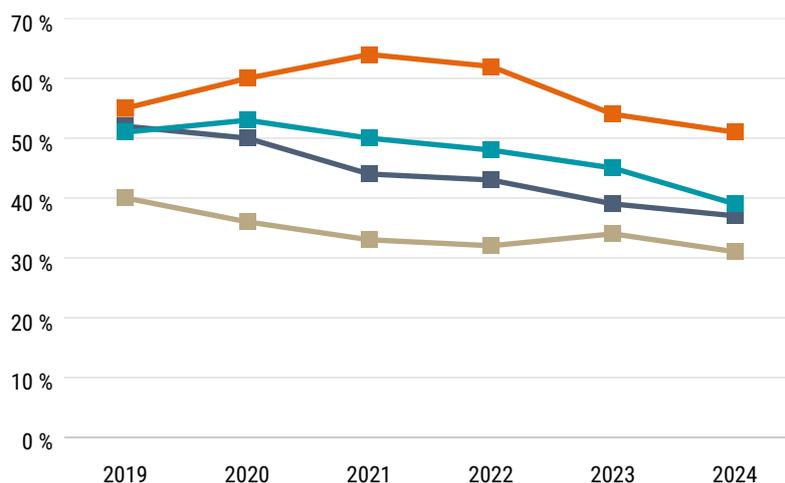
Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Petition unterschreiben
- Politiker:innen kontaktieren
- Demonstrieren
- Parteimitgliedschaft

Beim bürgerschaftlichen Engagement setzt sich der Negativtrend der letzten Jahre ebenfalls fort: Die Geldspende an politische, soziale oder gemeinnützige Organisationen als eine der populärsten Formen der politischen Partizipation ist seit 2021 rückläufig und fiel seither von 64 auf 51 Prozent in 2024. Erklären lässt sich dies wohl zum Teil mit der Inflation der letzten Jahre und der damit zunehmenden finanziellen Unsicherheiten vieler Bürger:innen.

Ebenfalls betroffen ist davon auch der politische Konsum, also etwa das Boykottieren von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen, der seit 2020 von 53 auf 39 Prozent zurückgegangen ist. Auch kurzfristig wird diese Veränderung deutlich: Im Vergleich zu 2023 ist diese vormals sehr populäre Form des Engagements noch einmal merklich um sechs Prozentpunkte gesunken.

Doch auch Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht direkt mit Geld verbunden sind, unterliegen seit Beginn des Weizenbaum Panels in 2019 einem rückläufigen Trend: Gaben damals noch über die Hälfte der Deutschen (52 %) an, dass sie in diesem Jahr andere Menschen dazu ermutigt haben, sich politisch oder sozial zu engagieren, sind es 2024 nur noch 37 Prozent.



\\ Bürgerschaftliches Engagement im Zeitverlauf

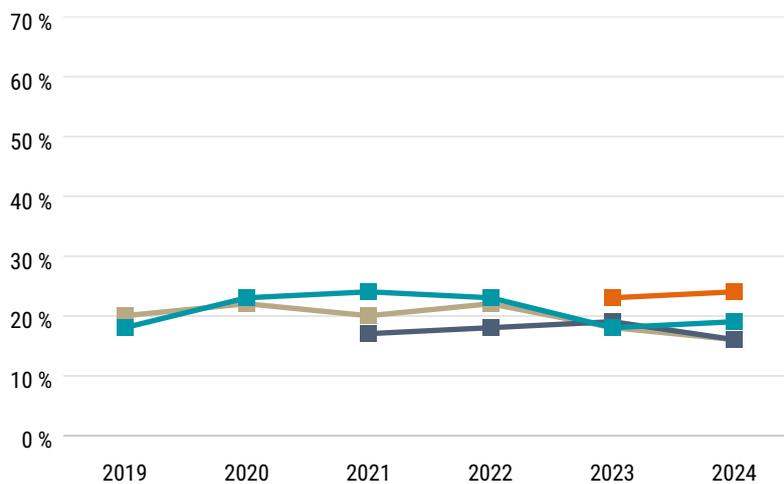
Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Spenden
- Politischer Konsum
- Andere politisch mobilisieren
- In sozialer Organisation mitarbeiten / Ehrenamt

Die ehrenamtliche Mitarbeit in einer sozialen oder humanitären Organisation fiel zudem von 40 Prozent in 2019 auf 31 Prozent fünf Jahre später. 2023 sah es kurzzeitig so aus als würde sich das Ehrenamt von dem Negativtrend über die Corona-Pandemie wieder erholen, die neuesten Zahlen zeichnen nun aber doch ein anderes Bild. Gleichwohl ist das Ehrenamt insgesamt stabiler als andere Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die anfälliger sind für politische Ereignisse und Entwicklungen.

Bei der vernetzten Partizipation, wie dem Teilen von Petitionen im Internet oder politischen Aktivitäten auf Social Media, ist es 2024 nur zu leichten Schwankungen gekommen. Damit sind diese Formen der Teilhabe im Vergleich zu traditioneller Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement recht stabil, wenngleich auf niedrigem Niveau.

Bemerkenswert ist hier vor allem, dass der Anteil derjenigen, die 2024 politische Inhalte auf Social Media kommentiert haben, das zweite Jahr in Folge sinkt, von 22 Prozent in 2022 auf 16 Prozent in 2024. Eine differenzierte Analyse zeigt allerdings, dass dies vor allem auf einen Rückgang derjenigen zurückzuführen ist, die selten auf Social Media kommentieren, während der kleine Anteil derjenigen, die dies täglich oder mehrmals in der Woche tun, auf niedrigem Niveau (2–3 %) gleichgeblieben ist. Dies deutet darauf hin, dass die auf sozialen Medien sichtbaren Nutzerbeiträge auf eine immer kleinere Zahl an sehr aktiven Nutzer:innen zurückgehen.



\\ Vernetzte Partizipation im Zeitverlauf

Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

Petition teilen wird erst seit 2021 erhoben.
Politik liken wird erst seit 2023 erhoben.

- Politik liken auf Social Media
- Politik teilen auf Social Media
- Petition teilen
- Kommentieren auf Social Media

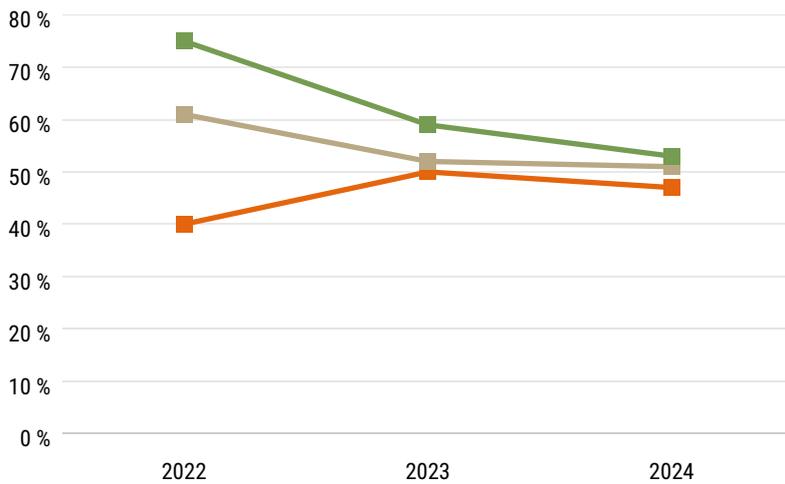
Bessergestellte ziehen sich bei bürgerschaftlichem Engagement am stärksten zurück

Differenziert man die Ergebnisse zum Rückgang vieler Partizipationsformen nach der sozialen Lage, in der sich die Menschen aktuell befinden⁵, ergeben sich einige Hinweise darauf, welche Rolle wirtschaftliche Belastungen der Bürger:innen für ihr Engagement spielen. Hier zeigt sich, dass sich in den letzten drei Jahren vor allem besser gestellte Bürger:innen, die sich selbst am oberen Ende der sozialen Leiter sehen, in erheblichem Maße aus dem bürgerschaftlichen Engagement zurückgezogen haben, während der Anteil an Engagierten, die sich auf dieser Leiter unten eingeordnet haben, in den meisten Fällen sogar gestiegen ist.

Am deutlichsten ist diese Tendenz bei Spenden und dem politischen Konsum, also gerade bei jenen Aktivitäten, die direkt mit Geld verbunden sind. Der Anteil der besser gestellten Bürger:innen, die bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen

⁵ Gebeten wurden die Befragten hier um eine Selbsteinordnung auf einer sozialen Leiter von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“. In der Befragung heißt es dazu: „Ganz oben auf der Leiter sind diejenigen, die am besten dastehen, also die das meiste Geld, die höchste Bildung und die besten Berufe haben. Ganz unten auf der Leiter sind diejenigen, die am schlechtesten dastehen.“

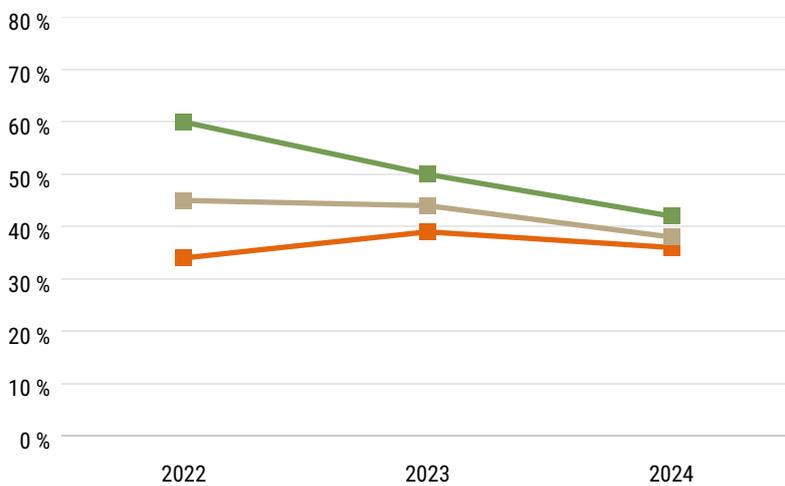
Gründen nicht gekauft haben, sank zwischen 2022 und 2024 von 60 auf 42 Prozent. Bei der Geldspende an eine politische, soziale oder gemeinnützige Organisation, fiel der Anteil sogar von 75 Prozent in 2022 auf 53 Prozent in 2024. Der Anteil der weniger gut situierten Bürger:innen, die gespendet haben, ist in demselben Zeitraum von 40 auf 47 Prozent angestiegen.



\\ Geldspende nach Selbsteinstufung auf sozialer Leiter im Zeitverlauf

Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; nach Selbsteinstufung auf sozialer Leiter: Höherer sozialer Status (Stufen 7-10), Mittlerer sozialer Status (Stufen 5-6), Niedrigerer sozialer Status (Stufen 1-4); gerundete Prozentangaben, n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Höherer sozialer Status
- Mittlerer sozialer Status
- Niedrigerer sozialer Status



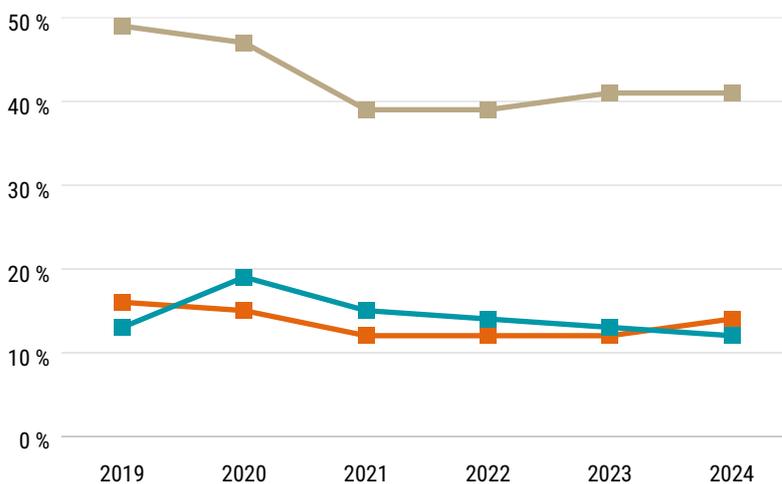
\\ Politischer Konsum nach Selbsteinstufung auf sozialer Leiter im Zeitverlauf

Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; nach Selbsteinstufung auf sozialer Leiter: Höherer sozialer Status (Stufen 7-10), Mittlerer sozialer Status (Stufen 5-6), Niedrigerer sozialer Status (Stufen 1-4); gerundete Prozentangaben, n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Höherer sozialer Status
- Mittlerer sozialer Status
- Niedrigerer sozialer Status

\\ Einsatz gegen Hasskommentare und Falschnachrichten stabil

Der Anteil der Deutschen, die im Internet zumindest einen Hasskommentar gesehen haben, bleibt gegenüber den Vorjahren auch in 2024 auf einem hohen Niveau stabil. Zwei von fünf Bürger:innen (41 %) wurden in den 12 Monaten vor unserer Befragung mit solchen Kommentaren konfrontiert. Bei Falschnachrichten, auch als „Fake News“ bezeichnet, ist über die vergangenen Jahre hingegen eine leicht steigende Tendenz zu beobachten. 2024 sind es hier 42 Prozent, die damit innerhalb der 12 Monate vor der Befragung in Kontakt gekommen sind.



\\ Beobachtung von und Reaktion auf Hasskommentare im Zeitverlauf

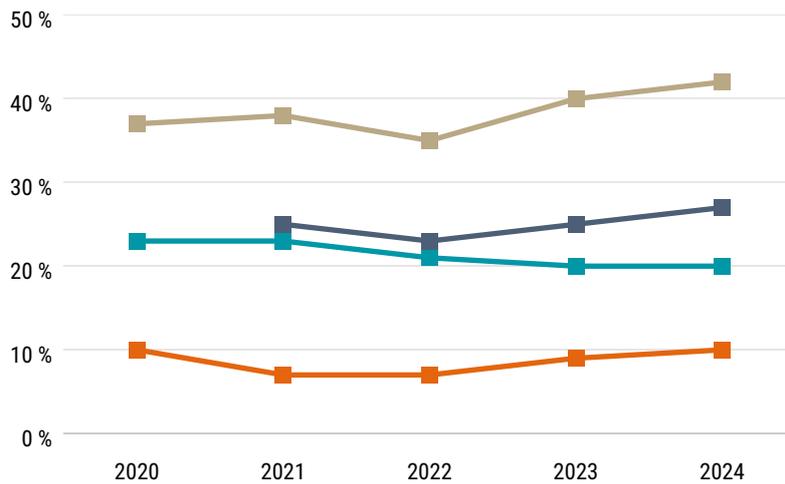
Basis: Beobachtung mindestens eines Hasskommentars in den letzten 12 Monaten; davon Personen, die angeben, zu respektvollem Verhalten aufgefordert oder hasserfüllte Kommentare an die Plattform gemeldet zu haben; Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Hasskommentar gesehen
- Zu Respekt aufgefordert
- Hasskommentar gemeldet

Die Möglichkeiten, sich im Internet gegen solche Inhalte einzusetzen und damit gegen Störungen des öffentlichen Diskurses vorzugehen, werden recht unterschiedlich genutzt. So setzt sich etwa stabil ein Drittel der Menschen, die Hasskommentare gesehen haben, aktiv gegen diesen Hass ein. Im Verhältnis zur gesamten deutschen Bevölkerung sind dies allerdings nur 14 Prozent. Die Aufforderung zu einem respektvollen Verhalten an die Verfasser:innen von Hasskommentaren ist dabei in den vergangenen Jahren stetig rückläufig und liegt in 2024 bei zwölf Prozent. Das Melden von Hasskommentaren bei den Plattformen ist hingegen seit 2021 stabil, wenngleich auf niedrigem Niveau.

Beim Einsatz gegen Falschmeldungen sind die Deutschen weit aus aktiver: Über ein Viertel (27 %) der Bevölkerung gibt an, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung Informationen zu Falsch-

nachrichten eigenständig nachgeprüft zu haben, ein Fünftel (20 %) hat andere vor solchen Falschnachrichten gewarnt. Das Melden von Falschnachrichten ist hingegen nicht sehr populär und wird nur von zehn Prozent der Bevölkerung für 2024 angegeben.



Beobachtung von und Reaktion auf Falschnachrichten im Zeitverlauf

Basis: Beobachtung mindestens einer Falschnachricht in den letzten 12 Monaten; davon Personen, die angeben, Falschnachrichten an die Plattform gemeldet, Falschnachrichten geprüft oder andere Nutzer:innen vor Falschnachrichten gewarnt zu haben; Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

Falschnachrichten und die Reaktion darauf wurden erst ab 2020 erhoben. Die Prüfung von Falschnachrichten erst ab 2021.

- Falschnachricht gesehen
- Falschnachricht geprüft
- Andere gewarnt
- Falschnachricht gemeldet

Künstliche Intelligenz wieder positiver bewertet

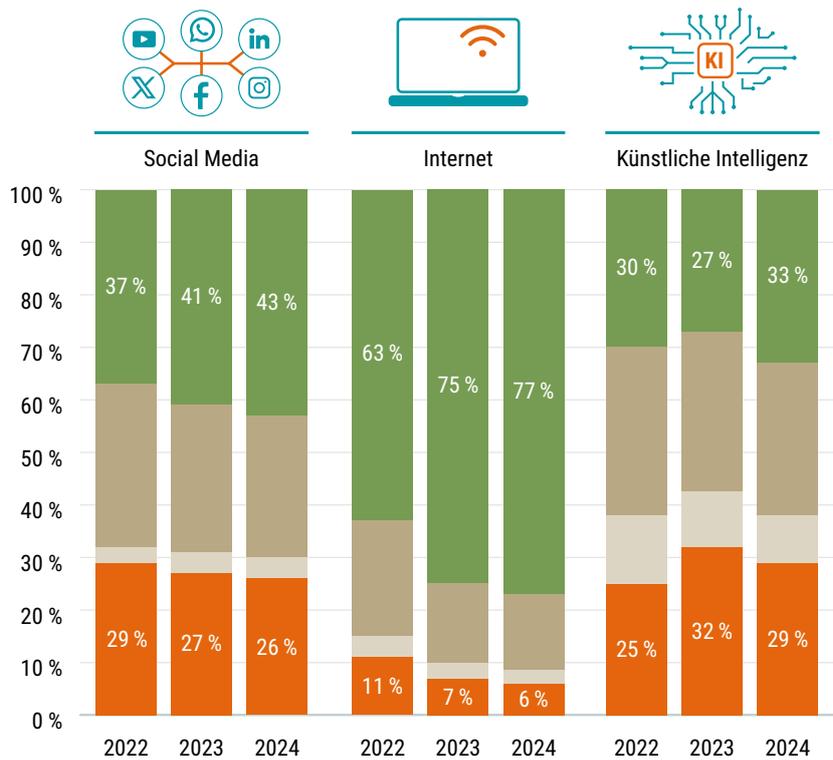
Obwohl die Einstellung gegenüber Künstlicher Intelligenz (KI) nach wie vor ambivalent ist, bestätigt sich der negative Trend aus 2023 nicht. Im Gegenteil stieg der Anteil der Menschen mit einer positiven Einstellung gegenüber KI zwischen 2023 und 2024 von 27 auf 33 Prozent an.

Diese Tendenz zeigt sich für fast alle untersuchten Bevölkerungsgruppen. Die positive Bewertung stieg etwa in allen Bildungs- und Einkommensgruppen, aber auch für Männer und Frauen sowie für 16- bis 34-Jährige und 35- bis 64-Jährige deutlich an. Lediglich in der höchsten Altersgruppe ab 65 Jahren lässt sich kein signifikanter Unterschied zum Vorjahr erkennen. Ein Grund dafür könnte sein, dass KI insbesondere in der Arbeitswelt immer stärker verbreitet ist⁶ und Erwerbstätige zunehmend davon profitieren.

Obwohl KI in nahezu allen Bevölkerungsgruppen besser bewertet wird, bleiben die vorhandenen Gruppenunterschiede weitgehend bestehen. Insbesondere Menschen mit hohem Einkommen und einer hohen Schulbildung bewerten KI nach wie vor deutlich posi-

⁶ Kerkhof, A., Licht, T., Menkhoff, M., & Wohlrabe, K. (2024). Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der deutschen Wirtschaft. *ifo Schnelldienst*, 77(8), 39–43.

tiver als Menschen mit geringem Einkommen bzw. einer geringen Schulbildung. Am größten ist weiterhin der Altersunterschied: Etwa die Hälfte der 16- bis 34-Jährigen bewertet Künstliche Intelligenz positiv (49 %), von den über 64-Jährigen sind es 24 Prozent.



Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Themen der Digitalisierung im Zeitverlauf

Basis: „Ich nenne Ihnen nun drei Bereiche der Digitalisierung und Sie sagen mir bitte, wie positiv oder negativ Sie diese ganz allgemein bewerten.“, Skala: „sehr positiv“, „eher positiv“, „weder noch“, „eher negativ“, „sehr negativ“; gerundete Prozentangaben, n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024)

- Sehr positiv bis eher positiv
- Weder positiv noch negativ
- Weiß nicht / keine Angabe
- Eher negativ bis sehr negativ

Während sich in der Gesamtbevölkerung die Bewertung sozialer Medien 2024 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert hat – 43 Prozent bewerten sie positiv, 26 Prozent negativ – bewerten Jüngere sie deutlich positiver als zuvor (56 zu 50 %).

Das Internet wird weiterhin sehr positiv bewertet, mit 77 Prozent steht ihm der weitaus größte Teil der Deutschen positiv gegenüber. Anders als bei den sozialen Medien sieht selbst ein Großteil der über 64-Jährigen das Internet sehr positiv (73 %).

W Finanzielle Teilhabe: Ungleichheiten bei Nutzung digitaler Bezahldienste

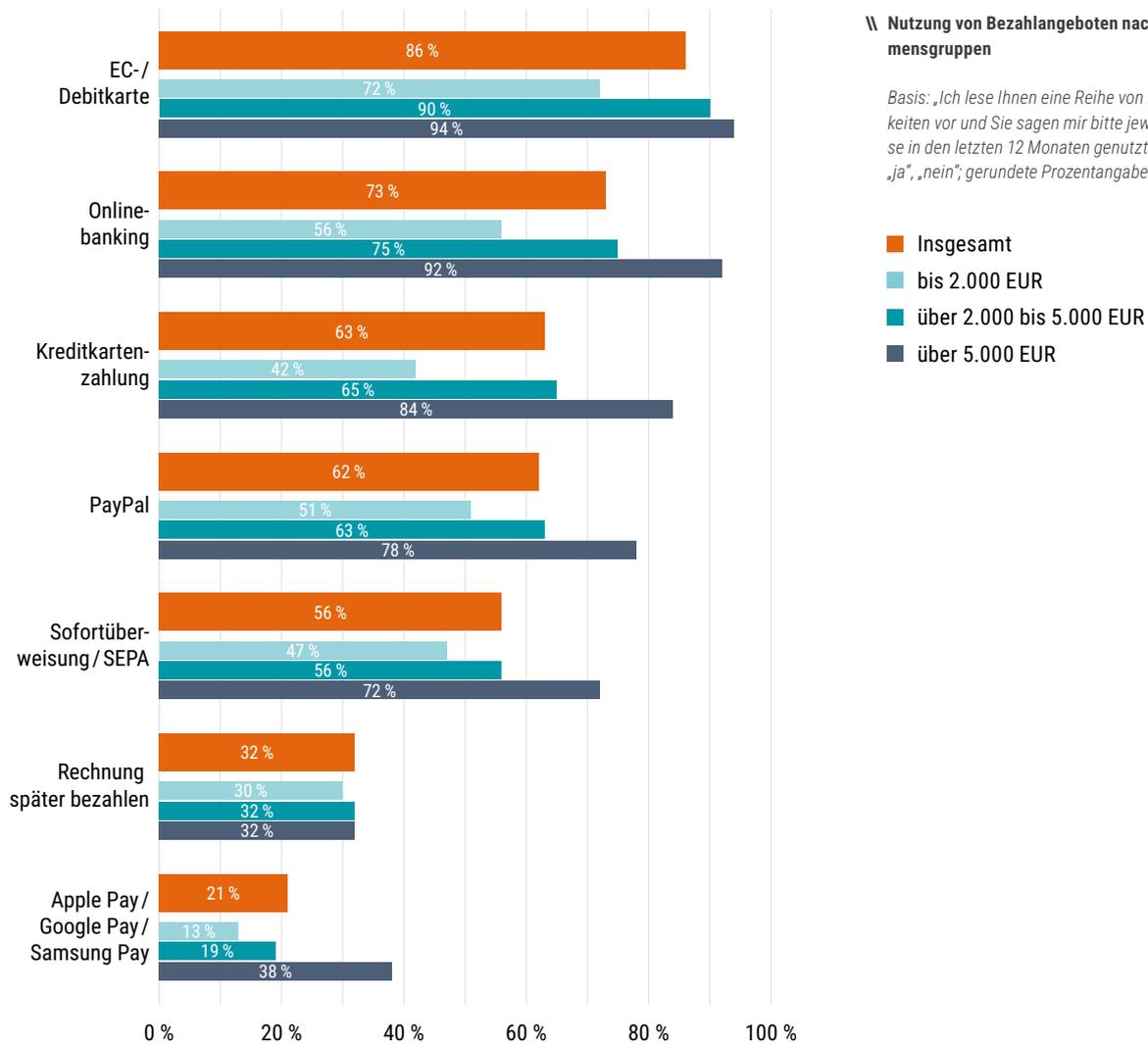
Alexandra Keiner, Barbara Brandl & Jenny Preunkert

Finanzielle Teilhabe ist ein wichtiger Bestandteil sozialer und politischer Partizipation, der stark durch Digitalisierung geprägt ist. Im Weizenbaum Panel wurden deshalb 2024 erstmals Fragen zur finanziellen Teilhabe aufgenommen. Abgefragt wurden sowohl traditionelle Bezahlangebote wie EC- und Kreditkarten, Online-Banking oder Sofortüberweisung, als auch neuere digitale Bezahlangebote wie PayPal, Apple Pay oder Klarna.

Die Daten des Weizenbaum Panels zeigen, dass trotz der neuen, oft App-basierten Digitalangebote wie PayPal die klassischen Bezahlformen nach wie vor am meisten genutzt werden. So gaben 86 Prozent der Deutschen an, in den letzten 12 Monaten mit einer EC- oder Debitkarte in einem Geschäft bezahlt zu haben. 73 Prozent haben Überweisungen per Online-Banking getätigt, 63 Prozent haben im Geschäft oder im Internet mit einer Kreditkarte bezahlt.

Die neuen digitalen Bezahlangebote werden zwar weniger genutzt als die klassischen, sind aber dennoch bereits weit verbreitet: Die Nutzung des Online-Bezahldienstes PayPal liegt mit 62 Prozent fast gleichauf mit der Kreditkartennutzung und deutlich vor Sofortüberweisung und SEPA-Zahlung, die von nur 56 Prozent genutzt werden. Apple Pay, Google Pay und Samsung Pay gehören zu den am wenigsten genutzten Bezahldiensten. Nur 21 Prozent der Deutschen gaben an, 2024 damit bezahlt zu haben. Die 16- bis 34-Jährigen nutzen diese Dienste mit 39 Prozent am häufigsten, bei den über 64-Jährigen sind es nur zehn Prozent.

Ein großes Gefälle in der Nutzung von Bezahlangeboten zeigt sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen: So nutzen 92 Prozent der Besserverdienenden Online-Banking für Überweisungen, aber nur 56 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen. Ähnlich sieht es bei Kreditkartenzahlungen aus, die von 84 Prozent der Menschen mit hohem Einkommen genutzt werden, aber nur von 42 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen. Bei den digitalen Bezahldiensten wie Apple Pay, Google Pay oder Samsung Pay ist der Unterschied relativ gesehen am größten: Nur 13 Prozent der Personen mit geringem Einkommen gaben an, diese Dienste zu nutzen, aber 38 Prozent der Menschen mit hohem Einkommen.



Zwischen Männern und Frauen zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Frauen nutzen Online-Banking (67 vs. 77 %), Kreditkarten (57 vs. 68 %) und PayPal (56 vs. 67 %) deutlich seltener als Männer. Bei EC- und Debitkarten gibt es hingegen kaum Unterschiede, was darauf zurückgeführt werden könnte, dass Frauen zum Beispiel häufiger Haushaltseinkäufe in Geschäften tätigen.⁷

Knapp ein Drittel der Deutschen nutzen „Buy Now Pay Later“-Angebote

Bezahldienstleister wie Klarna und PayPal bieten seit einigen Jahren im Online-Handel die Zahlungsmöglichkeit „Buy Now Pay Later“ an. Dabei wird die Bezahlung mit einem niedrighschwelligem

⁷ Statistisches Bundesamt (2024). Gender Care Gap 2022: Frauen leisten 44,3 % mehr unbezahlte Arbeit als Männer. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_073_63991.html

Kreditangebot gekoppelt: Nutzer:innen können Produkte sofort kaufen, die Zahlung dafür aber auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Wird der Betrag jedoch nicht innerhalb der Zahlungsfrist beglichen, fallen Zinsen und Gebühren an.

Knapp ein Drittel der Deutschen (32 %) hat diese Option 2024 im Online-Handel genutzt, etwa über Klarna oder PayPal. Im Vergleich zu anderen Bezahlverfahren gibt es hierbei kaum Unterschiede zwischen verschiedenen Einkommensgruppen. Aufgrund der Zinsen und Gebühren kann die Nutzung dieser Angebote aber insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen gravierende Folgen haben, wenn es zu Zahlungsausfällen kommt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) warnt daher vor einer Überschuldungsgefahr, die von solchen digitalen „kreditbasierten Zahlungsformen“ ausgeht.⁸

Unter dem Hashtag #Klarnaschulden haben in den letzten Jahren vor allem junge Erwachsene in den sozialen Medien von hohen Schulden bei Klarna berichtet. Dabei zeigen die Daten des Weizenbaum Panels, dass 16- bis 24-Jährige solche „Buy Now Pay Later“-Angebote mit einem Anteil von 29 Prozent weitaus weniger nutzen als 25- bis 34-Jährige (41 %) und 35- bis 64-Jährige (36 %). Gleichwohl sind Jugendliche und junge Erwachsene angesichts ihrer noch relativ geringen Finanzkompetenz einem besonderen Überschuldungsrisiko ausgesetzt.

⁸ BaFin. (2024). *Buy now pay later: Wie funktioniert das und was muss ich hierbei beachten.* https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/KrediteImmobilien/Kredite/BuyNowPayLater/BuyNowPayLater_node.html

II Über das Weizenbaum-Institut

Das Weizenbaum-Institut steht für exzellente, unabhängige, interdisziplinäre und grundlagenorientierte Digitalisierungsforschung. Es stellt Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fundierte Erkenntnisse und wertebasierte Handlungsempfehlungen zur Verfügung und trägt dazu bei, dass die Digitalisierung der Gesellschaft nicht nur besser verstanden wird, sondern auch nachhaltig, selbstbestimmt und verantwortungsvoll gestaltet werden kann.

Getragen wird das Weizenbaum-Institut von sieben Verbundpartnern aus Berlin und Brandenburg. Gefördert wird es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Land Berlin. Die Koordination des Verbundes und die rechtsgeschäftliche Vertretung des Weizenbaum-Instituts erfolgen über den Weizenbaum-Institut e. V.

